



## **Niederschrift**

33. Sitzung Hauptausschuss  
11. September 2018, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

### **Punkt 3 der Tagesordnung: Energiestrategie der TechnologieRegion Karlsruhe Vorlage: 2018/0536**

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Vorlage und die zugehörige Energiestrategie der TechnologieRegion Karlsruhe - „Smart Energy – TRK Mission 2 Grad“ zur Kenntnis, und beschließt, diese in weiteren Gremien und Beteiligungen der Stadt bekannt zu machen und im regional-, umwelt- und ordnungspolitischen Kontext anzuwenden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung (1 Nein)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und berichtet, man erlebe gerade einen Klimawandel, begleitet von einer Energiewende, die durchaus ihre Tücken habe. Daher wolle man sich als Region positionieren, um die Innovationspotentiale, die in der Region stecken, zu mobilisieren, um neue wettbewerbsfähige Produkte, Dienstleistungen sowie Geschäftsmodelle entwickeln und präsentieren zu können. Auch hier stehe man im Wettbewerb mit anderen Regionen.

An dieser Stelle habe die TechnologieRegion vor etwas mehr als einem Jahr mit ihrer Arbeit angesetzt. Sie vernetze Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand in den Themenfeldern Mobilität, Digitalisierung und Energie. Drängende Zukunftsfragen sollen auf regionaler Ebene gemeinsam angegangen und Projekte im Reallabor-Maßstab initiiert werden.

Aufgabe der Geschäftsstelle sei es dabei, die zugehörigen Prozesse anzustoßen, den potenziellen Partnern in der Region eine Plattform zu bieten und die Arbeit zu koordinieren und zu steuern.

Entsprechend basiere die vorliegende Energiestrategie auf einem Strategiefindungsprozess, an dem insgesamt rund 70 Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aus der

gesamten Region beteiligt gewesen seien. Von Seiten der Stadt Karlsruhe seien die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur, die Stabstelle Außenbeziehungen (SAM), die Stadtwerke Karlsruhe, die VBK und die Wirtschaftsförderung Karlsruhe als Partner eingebunden.

Diese haben in vier Arbeitsgruppen gearbeitet „Neue Technologien“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Energieeffizienz“ und „Energiesysteme“. Begonnen habe der Prozess mit einer Auftaktveranstaltung am 10. April 2017 und sei mit einem Plenumsworkshop am 23. Oktober 2017 fortgeführt worden. Nach Beratung im Aufsichtsrat der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH am 15. Juni 2018 habe man die Energiestrategie nun in der Gesellschafterversammlung verabschiedet.

Er wolle darauf hinweisen, dass der Prozess hin zur Energiestrategie der TRK bis Ende des Jahres federführend von der Stadt Karlsruhe, namentlich von Frau Nicole Walther von der Stabstelle Außenbeziehungen, vorangetrieben worden sein. Für die geleistete Arbeit danke er ihr.

Das nun vorliegende Konsenspapier werde seitens der Partner vollumfänglich mitgetragen. Dabei sei es für die Expertenrunde von besonderer Bedeutung, bereits erste Projekte mit regionalem Ansatz und Bedeutung in einem Aktionsplan zu definieren und eindeutige Verantwortung-, Aufgaben- und Kompetenzzuweisungen vorzunehmen. Erst mit der Realisierung dieser und weiterer Projekte werde die Strategie glaubwürdig und werde sich nach innen wie auch außen entwickeln können.

Schließlich sei es der Gesellschafterversammlung wichtig gewesen, die Dynamik aufzugreifen und auch künftig zu nutzen. Der weitere Prozess solle durch einen Beirat begleitet werden. Der Beirat werde Ende September 2018 zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Als Kooperations- und Arbeitsplattform solle er grundsätzlich als Sachverständigenrat/Expertenrunde nach innen und außen wirken. Indem er Projekte und Initiativen implementiere, die Umsetzung überwache, verantworte und somit letztlich deren Erfolg, also die Umsetzung der TRK-Energiestrategie bewerte, werde er zum Motor der energiefachlichen Ausrichtung auf regionaler Ebene. Er betont, das Ganze bleibe immer ein freiwilliger Prozess, weil man keine Entscheidungskompetenzen an diese Gremien abgegeben habe.

Der Beirat solle aus 15 Personen bestehen. Ihm werden Expertinnen und Experten aus der gesamten Region angehören. Die Geschäftsstelle werde hier zunächst koordinierend tätig werden und insbesondere die Plattform für die Vernetzung aller erforderlichen Akteure bieten. Er freue sich sehr, dass der Vorstandsvorsitzende unserer Stadtwerke, Herr Michael Homann, diesem Gremium angehören werde. Zudem werde Herr Ehlgötz interessierten Aufsichtsratsmitgliedern, Führungskräften und Mitarbeitenden der Stadtwerke Karlsruhe die Strategie im Dezember dieses Jahres vorstellen.

Es sei den Gesellschaftern der TechnologieRegion wichtig, dass die Energiestrategie auch bei den Gesellschaftern der GmbH, also den Unternehmen, Kammern, Wissenschaftseinrichtungen und Kommunen, eingebracht werde. Das passiere für die Stadt Karlsruhe heute mit der Beratung im Hauptausschuss. Die Vollversammlung der IHK Karlsruhe und der Kreistag des Landkreises Südliche Weinstraße haben sich der Strategie schon angeschlossen. Folgen werden beispielsweise die Stadt Rheinstetten und der Regionalverband Mittlerer Oberrhein. Dies zeige, dass die TechnologieRegion der Koordinierung und Bündelung von Aktivitäten

nachkomme. Das Ganze werde in eine Strategie gegossen und dann fließe es wieder zurück in die entsprechenden Gremien. Letztlich finde somit eine Abstimmung auf den verschiedenen Ebenen und unter den verschiedenen Gesellschaftergruppen statt. Es ergebe sich daher die einmalige Chance, die Energiewende auf regionaler Ebene mitzugestalten, die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und technologischen Chancen zu nutzen und schließlich einen regionalen Beitrag zur globalen Zielstellung, die Erderwärmung auf maximal 2°C zu begrenzen, zu leisten

Er bitte um Zustimmung zum Beschlussantrag.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** legt dar, für ihn und seine Fraktion stehen keine Gründe entgegen, dieses Papier nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die umfangreichen Unterlagen seien durch hohe Expertise geprägt und unterstreichen die Bedeutung des Themas.

So wichtig wie das Thema auch sei, so wesentlich sei aber auch die Art und Weise, wie es in die Region transportiert werde. Er sei nicht zufrieden, wie sich die Transformation von Ideen, die sich im Präsidium der TechnologieRegion entstehen, in die Region und in die einzelnen Gremien der Gesellschafter entwickle. Diese Konstruktionskritik habe er auch bereits an anderer Stelle angemerkt. Es seien nicht alle Kommunen im Gesellschafterkreis, aber es sei trotzdem wichtig, die gesamte Region und alle Räte einzubinden. Er wisse, dass dies zusätzlichen Aufwand und Anstrengung bedeute. Mit der derzeitig geplanten Vorgehensweise habe er jedoch Sorge, dass das Ganze in einem sehr kleinen Kreise verharre, nicht weiter transportiert und somit nicht an die Basis gelangen werde. Daher bitte er, nochmals darüber nachzudenken, nicht alles durch ein Expertengremium machen zu lassen. Es sei auch nicht damit getan, dass die Hoffnung bestehe, dass in den Stadtwerken und anderen einschlägigen Gremien verschiedener Gesellschafter die Strategie unter dem Label der Freiwilligkeit aufgenommen werde. Bei dem Thema sollte es sich nicht nur um ein freiwilliges Angebot handeln, denn es berge eine große Chance. Deswegen müsse die gesamte Region und die Ebene der Kommunalpolitik eingebunden und mitgenommen werden. Ein kommunalpolitischer Unterbau sei von enormer Bedeutung, um auch die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger erreichen zu können. Das derzeitige Gremium hebe sich von denjenigen ab, die es später betreffe und mittragen sollen. Deshalb bitte er nochmals ausdrücklich darum, eine Beteiligung der Kommunalpolitik, in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

In Karlsruhe habe man durch den Gemeinderat sehr gute Konzepte, wie beispielsweise Energiequartiere, auf den Weg gebracht. Der Gemeinderat steuere und kontrolliere die Umsetzung. Es gebe Fachgremien in diesen Bereichen und somit sei Fachexpertise auf kommunaler Ebene vorhanden. Damit betont er nochmals die Bedeutung einer aktiven Einbindung der Region und ihrer kommunalen Gremien.

**Stadtrat Honné (GRÜNE)** stimmt mit seinem Vorredner überein, dass die Einbindung des Gemeinderates bei der TechnologieRegion nicht genügend sei. Eine Kenntnisnahme der Vorgänge reiche ihm und seiner Fraktion nicht aus.

Er nimmt Bezug auf das vorgelegte Papier zur Energiestrategie. Als wesentlichen inhaltlichen Punkt vermisse er den Verkehr. Es werde zwar aufgeführt, dass Elektroautos unterstützt werden sollen, aber Energie könne damit nicht eingespart werden. An dieser Stelle erhoffe er sich, weitere Vorschläge und Zielsetzungen. Gerade in Karlsruhe leide man sehr

unter dem Pendlerverkehr. Viele Karlsruherinnen und Karlsruher seien bereits auf das Fahrrad umgestiegen, aber die Pendler kommen zu einem sehr großen Anteil mit dem Auto in die Stadt. Die Region und auch die Stadt Karlsruhe müssen hier Änderungen anstreben.

**Stadtrat Wohlfeil (KULT)** äußert, die Haltung des 2°C-Zieles sei aufgrund der aktuellen weltweiten Entwicklungen und global getroffenen Entscheidungen illusorisch. Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup habe auch in seiner Haushaltsrede eher von 4 bis 6°C gesprochen. Das sei leider eine traurige Wahrheit.

Inhaltlich halte er die vorgelegte Strategie für gut, jedoch komme für ihn darin das Thema Verkehr ebenfalls zu kurz. Elektromobilität sei energetisch besser als der normale Verbrennungsmotor. Solange der Bürger bzw. die Bürgerin jedoch mit einem 1,4 Tonnen Auto und durchschnittlich 1,2 Personen den Alltag bestreite und dadurch Unmengen Energie verbrauche, werde das 2°C-Ziel auch in der westlichen Welt nicht erreichbar sein. Es müsse daher tatsächlich Überlegungen geben, wie der Verkehr umgestellt werden könne. Es müsse leichtere und energiesparsamere Fahrzeuge geben und natürlich das Fahrrad verstärkt genutzt werden. Natürlich sei Elektromobilität wichtig, aber damit alleine sei es nicht getan. Es müsse erreicht werden, dass sich die Lebensweisen ändern, um das 2°C-Ziel erreichen zu können. Das seien jedoch Probleme, die von der Politik nicht alleine gelöst werden können. Jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin müsse sich beteiligen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** beantragt eine getrennte Abstimmung der drei Punkte des Beschlussantrages „Kenntnisnahme“, „Bekanntgabe“ und „Anwendung“. Er könne eine Kenntnisnahme der Vorlage nicht verhindern. Bei den beiden anderen Punkten möchte er jedoch dagegen stimmen, denn er sei sehr enttäuscht von der Vorlage.

Bereits 2014 habe das Landesumweltministerium unter dem Minister Untersteller eine Studie zur Versorgungssicherheit im Südwesten veröffentlicht. Anhand verschiedener Szenarien sei berechnet worden, dass die Versorgungssicherheit durch Strom unter anderem durch die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Zeit 2019 bis 2021 problematisch sein werde. Wirklich etwas dagegen gemacht habe man nicht und auch diese Strategie, die hier vorgestellt werde, habe damit nicht viel zu tun. In 15 Monaten werde der Block 2 des Kernkraftwerkes Philippsburg abgeschaltet. Es handle sich um eine Grundlast von 1450 Megawatt und über 11 Monate werden 99 Prozent dieses Stroms bereitgestellt. Man wisse davon und trotzdem finde man in dem Papier dazu keine Aussage. Man werde in unserer Region deutlich mehr Kohlekraft einsetzen müssen, um die Grundlast zu decken. Gerade am mittleren Oberrhein müsse dadurch deutlich mehr CO<sub>2</sub> produziert werden. Alle bisherigen Anstrengungen fallen weit dahinter zurück. Deswegen müsse man sich wirklich fragen, wie ernst das 2°C-Ziel und eine Strategie gegen den Klimawandel in Deutschland, in der Region mittlerer Oberrhein und in der Stadt Karlsruhe wirklich genommen werde. Er frage sich, warum einfach akzeptiert werde, dass von jetzt auf nachher 1450 Megawatt-kernkraft durch Kohle ersetzt werde. Vor diesem Hintergrund habe er sich gewünscht, dass in diesem Papier darauf Antworten gegeben werden. Es gebe Planungen zur Errichtung von Gleich- und Hochspannungsleitungen und dem Bau eines Konverters in Philippsburg. Das Projekt sei weit hinter dem Zeitplan und führe im ersten Moment auch nur Strom aus Mitteldeutschland von den dortigen Braunkohlekraftwerken zu uns. Es werde noch Jahre dauern bis Windkraftanlagen angeschlossen werden. Es werde klimaneutrale Kernenergie durch Kohlekraft ersetzt.

**Der Vorsitzende** geht nochmals auf das Selbstverständnis der TechnologieRegion und die Realisierung des Anspruchs auf Teilhabe aller möglichen Beteiligten ein. Es gebe Gesellschafter, die durch kommunalpolitische Beschlüsse autorisiert seien. Für Karlsruhe habe man Experten der Stadt und der Stadtwerke in den Arbeitskreis entsandt. Diese haben sich an den Energiestrategien orientiert, die im Gemeinderat bzw. bei den Stadtwerken beschlossen worden seien. Insofern könne er sich nicht erkennen, wo im Moment eine Diskrepanz liege. Er könne verstehen, dass sich die Gemeinderatsfraktionen so gut aufgestellt fühlen, um an einem Diskussionsprozess beteiligt zu werden. Wenn er sich in der Konsequenz jedoch überlege, dass eine solche Beteiligung bei allen Stadtkreisen, Großen Städten, Landkreisen und über alle Fraktionen hinweg durchgeführt werden solle, wisse er nicht, wie ein Ergebnis erzielt werden solle. Man könne nicht die Erwartung haben, dass alle kommunalpolitischen Fraktionen vertreten sein können. Daneben gebe es nämlich auch noch alle Aufsichtsräte der Unternehmen, die gleich behandelt werden müssen. Er schlägt daher vor, das Thema Teilhabe der Kommunalpolitik nochmals im kleinen Kreis zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Es solle sich niemand ausgegrenzt fühlen.

Der Arbeitskreis für Expertise sei geöffnet worden, um auch Nicht-Gesellschafter, die im Energiebereich tätig seien, einbinden zu können.

Bei dem vorliegenden Papier handle es sich nun um einen Sachstandsbericht, der die aktuell laufende Diskussionen aufzeige und einen Orientierungsrahmen gebe, der nun an die Politik und die Stadtwerke zurück gegeben werde. Wie weit sich der Gemeinderat auf die Strategie berufe oder trotzdem durch eigene Sachexpertise ergänzende Dinge mache, obliege dem Gremium selbst. Letztlich habe das Ganze am Ende im Wesentlichen einen empfehlenden Charakter.

Des Weiteren teilt er mit, das Thema Verkehr werde in der TechnologieRegion separat angegangen. Er werde aber die festgestellten Defizite und auch das Thema Versorgungssicherheit dem Beirat entsprechend zurückspiegeln. In der Tat seien viele Verkehrsprojekte letztlich auch Energieprojekte und umgekehrt. Die vorgelegte Strategie sei nicht starr festgelegt, sondern lebe von den Projekten, die als passend zu dieser Strategie identifiziert werden und in die Werbelinie der Region mitaufgenommen werden sollen.

Er nimmt den Wunsch von Stadtrat Dr. Schmidt auf, die Punkte 1, 2 und 3 des Beschlussantrages getrennt abzustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Kenntnisnahme der Vorlage fest. Über die Punkte Bekanntgabe sowie Anwendung der Vorlage und der zugehörigen Energiestrategie lässt er abstimmen und stellt mehrheitliche Zustimmung (1 Gegenstimme) fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
8. Oktober 2018